

Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

4. Sitzung

Montag, 15. September 2008

17.30 – 18.55 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

37 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Mathias P. Müller, Chef Regionalpolizei
- Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

Entschuldigungen

- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat
- Irma Jordi, Einwohnerrätin
- Marcel Murri, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Inpflichtnahme von Urs Plüss (DYM/EVP)	302
2. Mitteilungen	303
3. Einbürgerungen	
GK 158 Reichlmeier Axel, 1971, deutscher Staatsangehöriger, Rabengasse 3	304
GK 159 Seljimi Emine, 1994, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Gottfried-Keller-Strasse 6	304
GK 160 Vasudevan Srinivasan, 1962, indischer Staatsangehöriger, Sonnenrain 2	304
4. Reglemente	
GK 161 Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates vom 12. September 2005	304
5. Kreditbewilligungen	
GK 162 Sanierungsmassnahmen beim Regenauslass RA13, Bereich Müller Martini/Bleiche	305
GK 164 Parkhaus Zofingen AG – Angebot an Drittaktionäre für Rückkauf der Aktien – Option zur Liquidation Aktiengesellschaft und Überführung in Gemeinderechnung	306
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 157 Interpellation der SP-Fraktion vom 26. Mai 2008 betr. Unterstützung des Integrationsnetzes Region Zofingen (Begründung und Beantwortung)	312
7. Umfrage	313

Begrüssung

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter, die Stadtsaalcrew sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur vierten Sitzung im Jahr 2008.

Der Rat ist mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig. Nachdem keine Einwände gegen die Traktandenliste gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

Art. 113

Inpflichtnahme

Die Vorsitzende bittet Urs Plüss (DYM/EVP), neues Mitglied des Einwohnerrates, für die Vereidigung nach vorne.

Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich für die Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Der Ratssekretär verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Das neu in den Rat nachgerückte Einwohnerratsmitglied Urs Plüss (DYM/EVP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die Vorsitzende gratuliert Urs Plüss zur neuen Aufgabe und zur Aufnahme in den Einwohnerrat.

Mitteilungen

Der Einwohnerrat hat das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 16. Juni 2008 erhalten. Die Einsprachefrist läuft allerdings erst heute ab. Deshalb kann dieses erst an der Sitzung vom 20. Oktober 2008 als genehmigt erklärt werden.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende Unterlagen verteilt:

- Aktualisierte Sitzordnung
- Informationen zur Projektorganisation Gemeindezusammenschluss Zofingen – Uerkheim
- Jahresbericht 2007 Museum Zofingen
- Flyer öffentliche Informationsveranstaltung zum Bildungskleeblatt

Im Mai dieses Jahres hat das Ratsbüro die Fraktionen gebeten, Mitglieder zu nennen, welche in der **Spezialkommission Seniorenzentrum** Einsitz nehmen sollen. Weil der Stadtrat aber einen Projektwettbewerb ins Auge gefasst hatte, wurde die Gründung der Kommission an der Mai-Sitzung vertagt. Nun ist der Stadtrat aus verschiedenen Gründen von der Idee eines Wettbewerbs wieder weggekommen weshalb die Spezialkommission die Arbeit aufnehmen muss. Sämtliche Fraktionen haben dem Ratsbüro bestätigt, dass die ursprünglich genannten Mitglieder weiterhin zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt weil das Geschäft bereits für die November-Sitzung vorgesehen ist. Die Mitglieder der Spezialkommission Seniorenzentrum kommen aus diesem Grund im Anschluss an die heutige ordentliche Einwohnerratssitzung im Zwischengang zu einem ersten kurzen Treffen zusammen. Es geht darum die Kommission zu konstituieren, den Präsidenten zu wählen und erste Termine zu vereinbaren. Die Vorsitzende bittet die betreffenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte nach der Sitzung hier zu bleiben bzw. sich in den Zwischengang zu begeben.

Eine weitere Spezialkommission ist noch pendent: Die **Spezialkommission Gemeindezusammenschluss Zofingen – Uerkheim**. Am 16. Juni 2008 wurde der Einwohnerrat informiert, dass auch hier eine Spezialkommission eingesetzt wird. Es soll eine 7er-Kommission geben. Die Fraktionspräsidenten haben am letzten Freitag in diesem Zusammenhang eine E-Mail von Stadtschreiber Arthur Senn erhalten, in welchem sie gebeten werden, dem Ratsbüro bis Dienstag, 14. Oktober 2008, Nominationen bekannt zu geben und sich Gedanken über das Präsidium zu machen. Die Vorsitzende dankt den Fraktionen bereits jetzt für eine rechtzeitige Mitteilung.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat der SP-Fraktion betr. „Die StWZ gehören uns!“
- Interpellation von Michael Wacker, SP, und Mitunterzeichnende betr. Hochwasserschutz Altachenbach

Art. 114

Einbürgerungen

GK 158

Reichlmeier Axel, 1971, deutscher Staatsangehöriger, Rabengasse 3

GK 159

Seljimi Emine, 1994, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Gottfried-Keller-Strasse 6

GK 160**Vasudevan Srinivasan, 1962, indischer Staatsangehöriger, Sonnenrain 2**

Fr. Mirella Bär, Referentin der FGPK und Mitglied der Einbürgerungskommission, hält fest, dass heute drei Einbürgerungsgesuche vorliegen. Die Einbürgerungskommission hat diese geprüft und mit den Gesuchstellenden Gespräche geführt. Sowohl die Einbürgerungskommission als auch die FGPK empfehlen die Gesuche ausnahmslos zur Annahme.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, möchte sich für die eingeschlichenen Fehler entschuldigen – auch im Namen der Mitarbeitenden der Stadtkanzlei, welche diese Vorlagen ausgearbeitet haben. Es sind drei Fehler, welche allerdings irrelevant sind und keinen Einfluss auf das Einbürgerungsverfahren haben: Herr Reichlmeier ist nicht am 20. Juni 1971, sondern am 10. Juni 1971 geboren. In der gleichen Vorlage steht auch, dass Herr Reichlmeier seit dem 1. März 2008 bei der Aargauischen Industrie- und Handelskammer in Aarau arbeitet. Effektiv arbeitet er seit dem 1. März 2007 dort. Ein kleiner Fehler ist auch im GK 160 zu finden: Der Sohn von Herrn Vasudevan heisst Arun und nicht Arn.

Für die Prüfung der Gesuche sind diese Fehler alle irrelevant, aber nichtsdestotrotz möchte sich der Stadttammann in aller Form dafür entschuldigen. Man wird alles tun, um dies in Zukunft zu vermeiden.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 158

Reichlmeier Axel, 1971, deutscher Staatsangehöriger, Rabengasse 3

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 159

Seljimi Emine, 1994, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Gottfried-Keller-Strasse 6

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 160

Vasudevan Srinivasan, 1962, indischer Staatsangehöriger, Sonnenrain 2

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Die Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellenden ganz herzlich zu ihren sehr guten Resultaten und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 115**GK 161****Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates vom 12. September 2005**

Die Vorsitzende führt aus, dass das Ratsbüro aufgrund der Motion der FDP-Fraktion, welche am 17. März 2008 überwiesen wurde, beschlossen hat, die vorgeschlagenen Änderungen im Geschäftsreglement des Einwohnerrates vorzunehmen.

Die Reihenfolge der Sprecher – Kommissionssprecher, Fraktionssprecher und Ergänzungen durch den Stadtrat – schien dem Büro richtig zu sein. Ebenfalls mit der Begründung der FDP-Fraktion, dass im Einwohnerrat in erster Linie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu Wort kommen sollen.

Ebenso macht der spätere Sitzungsbeginn Sinn, da öffentliche Ämter und Beruf aus rein zeitlichen Gründen manchmal fast nicht mehr zu vereinbaren sind. So sollen im Rahmen des Möglichen Erleichterungen geschaffen werden.

Das Ratsbüro schlägt also vor, die Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates gutzuheissen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Patricia Kettner stellt fest, dass die Einwohnerratspräsidentin bereits alles begründet hat. Es bleibt ihr dem Büro herzlich zu danken, dass es diesen Wunsch aufgenommen hat. Man hofft wirklich, dass mit dem neuen Reglement noch mehr Debatten möglich sein werden und alle Beruf und Politik besser unter einen Hut bringen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den Antrag des Ratsbüros abstimmen:

Der Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates sei zuzustimmen und die Änderungen seien auf den 1. Januar 2009 in Kraft zu setzen.

Dem Antrag des Ratsbüros wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 116

GK 162

Kreditbewilligung für die Sanierungsmassnahmen beim Regenauslass RA13, Bereich Müller Martini/Bleiche

Hr. Thomas Bühler, Referent der FGPK, hält fest, dass die Mitglieder der FGPK das Anliegen GK 162 – Kreditbewilligung für die Sanierungsmassnahmen beim Regenauslass RA13, Bereich Müller Martini/Bleiche – geprüft und beraten haben.

Stadtrat Hansruedi Gilgen hat dabei erklärt, dass die Kanalisation kein geschlossenes System ist und die Leitungen im Mischsystem nicht für den maximalen Wasseranfall dimensioniert werden können. Somit ist auch begründet, dass die Leitungen mit Regenwasserentlastungen – genannt RA – entlastet werden müssen. Dies dient dazu, übermässige Wassermengen, welche das Leitungssystem nicht mehr schlucken kann, direkt in einen Vorfluter abzuleiten. In diesem Fall ist dies die Wigger. Dies funktioniert im Normalfall sehr gut, auch wenn es aus ökologischen Gründen problematisch ist, belastetes gemischtes Abwasser in einen Vorfluter einzuleiten. Da liegt auch das Problem, welches mit den Sanierungsmassnahmen entschärft werden kann. Dies ist, wenn die Wigger und die Kanalisation zur gleichen Zeit hohe Wasserstände aufweisen. Für die Firmen in diesem Gebiet besteht eine starke Überschwemmungsgefahr. Bis in die 70er-Jahre wurde in diesem Bereich eine Kläranlage betrieben. Diese wurde dann durch die neue Kläranlage der ERZO abgelöst.

Das Geschäft war in der FGPK nicht umstritten, weil das Bedürfnis in der Vorlage und im Votum des Stadtrats klar begründet ist. Die FGPK stimmte dem stadträtlichen Antrag mit 8:0 Stimmen zu.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hans-Martin Plüss bemerkt, dass dieses Geschäft bei der SP-Fraktion überhaupt nicht umstritten war. Es ist klar, dass diese Sanierungsmassnahmen getroffen werden müssen. Er möchte die Gelegenheit nutzen, um sich kurz zu entschuldigen. Was heute in der Zeitung stand –

dass der Hochwasserschutz im Budget und Finanzplan nicht zu existieren scheint– ist natürlich ein Irrtum. Er möchte dies zurücknehmen und sich dafür entschuldigen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierungsmassnahmen beim Regenauslass RA 13 sei ein Verpflichtungskredit von CHF 470'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 117

GK 164

Parkhaus Zofingen AG – Angebot an Dritaktionäre für Rückkauf der Aktien – Option zur Liquidation Aktiengesellschaft und Überführung in Gemeinderechnung

Hr. Philipp Hangartner, Präsident der FGPK, erklärt, dass die FGPK das GK 164 geprüft hat und dabei folgenden Fragen nachgegangen ist:

1. Vergangenheit

Die Aktionäre, welche an der Parkhaus Zofingen AG beteiligt sind, haben in der Vergangenheit tatsächlich ziemlich unterschiedliche Interessen bezüglich des investierten Kapitals vertreten und würden dies wahrscheinlich auch in Zukunft so handhaben.

Die Stadt ist längerfristig an einem gesamtheitlichen Parkregime interessiert. Für die privaten Aktionäre stand wahrscheinlich eher die Auslastung des Objekts Parkhaus im Vordergrund.

Während die privaten Investoren langfristig Kapitalschutz und Kapitalrendite als Zielsetzung haben, denkt die öffentliche Hand vielleicht mehr an Verkehrssteuerung, Stadtgestaltung und Steueroptimierung.

So scheint auch die Führung der Parkhaus-Aktiengesellschaft nicht immer ganz einfach gewesen zu sein, weil man nicht immer alle Interessen unter einen Hut bringen konnte.

In der Retrospektive könnte man gewisse getroffene finanzielle Entscheidungen und deren Auswirkungen auf die heutige Zeit durchaus in Frage stellen. Die FGPK hat dies nicht getan, denn es bringt niemandem etwas.

2. Möglichkeiten

Der Stadtrat hat verschiedene grundsätzliche Alternativen (vom Verkauf bis zum Kauf) geprüft, hat diese einander gegenübergestellt, Vor- und Nachteile abgewogen und sie in der Vorlage GK 164 mehr oder weniger detailliert aufgelistet. Der FGPK wurden sie noch detaillierter erklärt.

Die Informationen zu diesen Varianten, vor allem jene, welche in Richtung Verkauf gehen, sind tendenziell leider etwas zu negativ dargestellt. Dies hätte durchaus ein wenig freundlicher erfolgen können.

Beim Parkhaus handelt es sich unumstritten um ein strategisch wichtiges Objekt für Zofingen, welches zu 100 % in die eigene Hand gehört. Ohne Kontrolle über das Parkhaus würde ein späterer Bau eines zweiten Parkhauses wenig Sinn machen.

3. Finanzielle Folgen

Das vorliegende Angebot an die Drittaktionäre wurde von der FGPK als überaus attraktiv bewertet. Allen Investoren war bekannt, dass das Parkhaus am Anfang eine wenig rentable Auslastung haben und damit ein finanzielles Risiko darstellen würde.

Ein Investor, welcher 1995 praktisch ohne Risiko in Bundes-Obligationen investiert hätte, würde über die 14 Jahre, in welchen er Parkhausaktien hatte, kaum auf eine ähnliche Kapitalverzinsung von jährlich 3 % kommen. Was dem vorliegenden Angebot entspricht.

Übrigens beurteilt die FGPK den Zeitpunkt für den Abschluss dieses Geschäfts eher als zu spät, denn zu früh. Steuerlich wäre der Kauf des Parkhauses für die Stadtfinanzen sinnvoll.

Die FGPK hat sich auch die Frage nach der Finanzierbarkeit des Geschäfts gestellt. Dies vor dem Hintergrund des gesamten Investitionsplanes. Sie liess sich dabei von der Wichtigkeit und der Langfristigkeit dieser Investition überzeugen.

4. Risiken

Neue finanzielle Risiken werden durch den Erwerb der restlichen Parkhausaktien eigentlich keine eingegangen. Das Parkhaus selber befindet sich in einem guten baulichen Zustand. Es sind auch keine grösseren Unterhaltsarbeiten in den kommenden Jahren zu erwarten.

Das Risiko, die Liquidierung (Antrag 2) nicht wie geplant durchführen zu können, ist relativ klein. Die Stadt muss, um diese Liquidation vornehmen zu können, im Besitze von 66 % der Aktien sein, heute sind es bereits deren 64,3 %.

5. Chancen

Mit einem eigenen Parkhaus kann Zofingen ein viel besseres stadtumfassendes Parkkonzept auf die Beine stellen. Die FGPK hat dem Stadtrat bereits mitgeteilt, dass sie nach allfälligem Kaufabschluss relativ schnell ein entsprechendes Parkkonzept erwarte.

Weil das Parkhaus besser in die Gesamtplanung der Stadt einbezogen werden kann, besteht nach Auskunft des Stadtammanns auch die Möglichkeit, die Vermarktung des Parkhauses gezielter voranzutreiben. Das heisst, dass die Auslastung und damit die Rendite erhöht werden könnten. Dies führt wiederum zu einem besser geäufteten Spezialfonds, welcher mittelfristig zu mehr Handlungsspielraum für neue Aktivitäten (neues Parkhaus, Parkeitsystem, usw.) führt.

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig die Annahme aller fünf stadträtlichen Anträge.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, stellt fest, dass der Präsident der FGPK alle wesentlichen Punkte aufgezählt hat und verzichtet auf weitere Erläuterungen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Dieter Matter glaubt, dass eine der Kernfragen, welche in der Fraktion intensiv besprochen wurde, der Rückkaufpreis von CHF 1'500.– pro Aktie an die privaten Investoren ist. Man könnte auch sagen, das Parkhaus ist nicht profitabel, also haben die Aktionäre auch nichts verdient. Es ist absolut klar, dass Privatinvestoren aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen das Parkhaus nicht kaufen würden. Zudem könnte man sich auch fragen, weshalb es überhaupt nötig ist, dass die Stadt diese Aktien zurückkauft. Man könnte sie so belassen, Dividenden auszahlen und schlussendlich auch Steuern zahlen, weil es weiterhin eine private Aktiengesellschaft ist. Letztendlich liegt es nicht unbedingt an der öffentlichen Hand Steuern zu optimieren.

Es bleibt eine politische Frage, ob die Aktien zurückgekauft werden sollen oder nicht. 1993 wollte man offensichtlich private Investoren in das Boot holen, aus welchen Gründen auch immer. Diese haben schlussendlich eine Investition in die öffentliche Hand getätigt. Zudem wollte man damals – und auch heute noch – das Parkhaus bauen. Der Einwohnerrat ist sich wohl einig, dass man froh ist um das Parkhaus.

Investiert man als Privatperson, muss man mit einem Verlust rechnen. Ist dies auch so, wenn bei einem solchen Projekt in die öffentliche Hand investiert wird? Dies kann man sich fragen. Es ist legitim, dass etwas mehr zurückbezahlt wird. Letztendlich wollte man dieses Projekt realisieren und der Gewinn, welcher jetzt zusätzlich bezahlt wird, ist vom Rahmen her vergleichbar mit den Bundes-Obligationen. Aufgrund dessen hat die FDP-Fraktion mit einer knappen Mehrheit das Projekt gutgeheissen.

Hr. Michael Wacker hält fest, dass das Geschäft in der SP-Fraktion ebenfalls behandelt wurde und sie Freude daran hatte, dass die Stadt eine Privatisierung rückgängig machen möchte. Und zwar nicht im Bereich des Grundbedarfs – wie beispielsweise einer Energieversorgung – sondern im Bereich des Parkierens. Bezüglich des Preises der einzelnen Aktien gab es eigentlich keine grösseren Diskussionen. Die SP-Fraktion sieht ein, dass, wenn dieses Ziel so erreicht werden soll, höchstwahrscheinlich ein politischer Preis zu bezahlen ist. Die Finanzierung gab jedoch zu diskutieren. Woher wird dieses Geld genommen – aus den ordentlichen Mitteln oder aus dem Fonds? Mit grosser Mehrheit konnte sich die SP-Fraktion der Meinung des Stadtrates anschliessen. Wenn man politisch ein Zeichen setzen will, sei es in Richtung eines weiteren Parkhauses oder um die Parkierungsfrage in Zofingen anderweitig zu lösen, gibt die Stadt zweifellos etwas aus der Hand, wenn dies aus dem Parkierungsfonds bezahlt würde. Die SP kann sich auch damit einverstanden erklären, dass dies mit den ordentlichen Mitteln finanziert wird.

Hr. Robert Weishaupt bemerkt, dass die Fraktion Dynamische Mitte sich die Frage gestellt hat, ob ein Parkhaus eine Kernaufgabe der Stadt ist. Aber was sind eigentlich Kernaufgaben, oder welche sind es eben nicht? Und die andere Frage lautet, ob die Stadt nur Kernaufgaben erledigen muss oder nicht. Weshalb werden also die restlichen Anteile des Parkhauses zurückgekauft und das Parkhaus in die Gemeinderechnung überführt?

Diese Firma ist rentabel. Das heisst, dass jährlich ungefähr CHF 500'000.– dabei heraussehen. Dies entspricht in etwa 150 guten Steuerzahlenden oder beinahe 2 % des Steuerfusses. Die Rendite könnte man noch selber steuern. Reduziert man die Oberflächenparkplätze in der Stadt, so würden automatisch mehr Autos ins Parkhaus hinunterfahren. So oder so würden heute sicherlich die CHF 500'000.– erwirtschaftet. Der Stadtrat denkt eigentlich wie ein Unternehmer, was auch richtig ist. Er spricht von Wachstum. Aber weshalb nur die Steuern optimieren und darauf achten, dass immer mehr Steuern eingenommen werden? Weshalb nicht auch ein Gewinn abwerfender Betrieb betreiben? Hätte die Stadt mehrere solche Betriebe, wäre sie vermutlich ein Steuerparadies der Schweiz. Das Feld einem Privaten zu überlassen ist nach Meinung der Dynamischen Mitte nicht richtig. So kann der Einwohnerrat bestimmen, wie viel das Parkhaus kostet. Würden einmal die Oberflächenparkplätze verringert, wäre dies einfach eine Umverteilung innerhalb des Budgets.

Eine bessere Auslastung und damit eine bessere Rendite wäre zu erzielen, indem das Parkhaus besser vermarktet würde. Robert Weishaupt hätte dazu einige gute Ideen. Auch bei den Bewohnern der Altstadt könnte bei den Monats- oder Jahreskarten preislich etwas entgegengekommen werden. Unter dem Strich würde dies je nach dem allen mehr bringen.

Über den Preis der Aktien wurde in der Fraktion Dynamische Mitte ebenfalls heftig diskutiert. Stellt man die beiden Beträge CHF 1'000.– und CHF 1'500.– nebeneinander, ist dies eigentlich viel Geld. Betrachtet man dies aus einem unternehmerischen Blickwinkel, sind CHF 500.– wenig. Erzielt man in 11 Jahren CHF 500.–, sind dies maximal 3 %. Somit würde beim nächsten Mal, wenn die Stadt wieder Geld von Privaten möchte, manch einer vermutlich sein Geld an einem anderen Ort investieren. Weshalb mag man es diesen Leuten nicht gönnen, dass sie – vor Steuerabzug – CHF 500.– im Sack haben?

Dem Konzept für den Rückkauf aller Drittaktien wird die Dynamische Mitte mehrheitlich zustimmen. Dass die Hälfte des Überschusses dem Spezialfonds „Parkplätze“ zugewiesen werden soll, wird von Seiten der Dynamischen Mitte einhellig befürwortet.

Hr. Hansruedi Hauri möchte die Diskussion nicht künstlich verlängern. Die Vorredner haben bereits alles gesagt. Die SVP-Fraktion hat das Geschäft sowie den Preis geprüft. Die 3 % sind

gerechtfertigt. In dieser Zeit hätte man aber bestimmt noch mehr herausholen können.

Hr. Daniel Schmid hatte eigentlich nicht im Sinn sich zu Wort zu melden. Aber nach diesen Voten möchte er doch das eine oder andere erwähnen, vielleicht auch im Hinblick auf eine zukünftige Vorlage.

Wenn man sagt, das Parkhaus sei rentabel und es werfe CHF 500'000.– ab, ist dies nicht ganz die Wahrheit. Bisher konnten pro Jahr einfach CHF 500'000.– abgeschrieben werden. Alle hier wissen, dass wenn etwas gebaut wird, dies über eine Zeitspanne an Wert verliert und irgendwann einmal gar nichts mehr Wert ist. Allenfalls müssen sogar noch Sanierungskosten in Kauf genommen werden. Abschreibungen tragen dem eigentlich Rechnung. Tatsächlich ist es so, dass das Parkhaus in den letzten zwei Jahren einen Gewinn von ungefähr CHF 1'000.– bis CHF 2'000.– abgeworfen hat. Wäre es eine solch wahnsinnig rentable und gute Sache, würden die Aktionäre, welche ihre Aktien verkaufen wollen, diese weiterhin gerne behalten und jedes Jahr die Dividende einstreichen. Aber dies konnten sie bisher nie, weil bis jetzt gar nie Dividenden ausgeschüttet werden konnten, da nie Gewinne erzielt wurden. Ein solch finanzielles Bombengeschäft ist dies also nicht, wie es gegen Schluss vielleicht getönt hat.

Dass die Stadt die CHF 500'000.– pro Jahr doch einstreichen kann, liegt ganz einfach darin, dass sie aufgrund ihrer Rechnungsführung das Parkhaus gar nicht aktiviert, sondern von Anfang an mit CHF 0.– aufführt. Bisher waren die Aktien mit CHF 0.– aufgeführt und jetzt neu das Parkhaus. Dies ist eine buchhalterische Gegebenheit, welche aufgrund der Buchführung, wie sie in der öffentlichen Hand üblich ist, gegeben ist. Betriebswirtschaftlich ist es trotzdem nicht rentabel. Dies muss man klar sehen.

Zudem ist er überrascht, dass die SP sang- und klanglos CHF 2 Mio. Steuergelder ausgeben würde, um diese ein paar wenigen Aktionären weiterzugeben. Schaut man die Aktie aus einem rein betriebswirtschaftlichen Aspekt an, ist diese niemals CHF 1'500.– Wert. Wird eine Bewertung nach herkömmlichen kaufmännischen Grundsätzen vorgenommen, liegt der Preis deutlich unter CHF 1'000.–. Aber es ist richtig, dass es sich dabei um einen politischen Preis handelt. Man möchte die Mehrheit der Aktien bzw. die Aktiengesellschaft ganz übernehmen können, damit die Überführung in die Gemeinderechnung erfolgen kann. Dann muss man ein Stück weit auch dazu bereit sein, mehr zu bezahlen als betriebswirtschaftlich vielleicht richtig wäre. Man muss ein wenig vorsichtig sein und die Zahlen allenfalls auch kritischer hinterfragen. Dies vielleicht für ein anderes Mal.

Hr. Heinz Lehmann stellt fest, dass ihm Daniel Schmid soeben die Argumente weggenommen hat. Im Hinblick auf die Budgetdebatte, welche der Einwohnerrat führen wird, möchte er trotzdem noch folgende Rechnung machen:

Es sind 1'200 Drittaktionäre. Diesen wird pro Aktie CHF 1'500.– bezahlt. Reduziert man diesen Preis auf CHF 1'000.– pro Aktie, ergibt dies CHF 600'000.–. Der Einwohnerrat geht darüber hinweg und genehmigt dies. Heinz Lehmann ist gespannt über was für Beträge bei der Budgetdebatte diskutiert wird. Hier CHF 3'000.–, da CHF 5'000.– ... Der Einwohnerräte sollen dies für die Budgetdebatte im Hinterkopf behalten.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte sich zu einigen erwähnten Punkten doch noch äussern. Momentan steht nicht nur die Diskussion über die Parkhaus Zofingen AG im Raum, sondern auch jene über die StWZ Energie AG, zu welcher noch mehrere parlamentarische Vorstösse vorliegen. Deshalb soll ihm der Einwohnerrat noch einige Bemerkungen in dieser Angelegenheit erlauben.

Der Stadtammann ist bei beiden Gesellschaften Verwaltungsratspräsident und stellt bei beiden Gesellschaften fest, dass das Problem nicht unbedingt ist, ob es sich um einen Eigenwirtschaftsbetrieb oder eine Aktiengesellschaft handelt. Entscheidend ist, was man sich mit der Institution für Ziele setzt und welche Überlegungen man sich im Zusammenhang mit der Rechtsform gemacht hat, egal ob es sich um eine öffentlich-rechtliche Institution oder um eine Aktiengesellschaft handelt.

Diese beiden Debatten wurden irgendwann einmal hier drin geführt. Der Stadtammann stellt jedoch fest, dass es weder bei der StWZ Energie AG noch bei der Parkhaus Zofingen AG eine Aktionärs- und Unternehmensstrategie gibt. Dies ist die Problematik dieser Institutionen und nicht die Rechtsform. Dies sind Sachen, welche nachgeholt werden müssen. Die eine oder andere Frage, welche heute Abend gestellt wurden, wird sich dann wie von selbst lösen.

Weder die Exekutive noch die Legislative kann sich hier aus der Verantwortung ziehen. Bei beiden Institutionen bzw. Gremien wurde die Rechtsform geändert, ohne dass klare Zielsetzungen definiert wurden. Darunter leidet man. Der Stadtammann hat als Verwaltungsratspräsident deshalb auch das eine oder andere Problem.

Heinz Lehmann hat richtigerweise gesagt, dass bei der Budgetdebatte wahrscheinlich über CHF 5'000.– diskutiert wird. Nach Meinung des Stadtammanns geht es hier um die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand. Die Stadt Zofingen bezahlt einen politischen Preis. Im Emissionsprospekt „Bahnhof-Parkhaus Zofingen“ steht, dass die Stadt Zofingen Private zur Zeichnung von Aktien einlädt. Dies weil offensichtlich nur so die nötigen Mittel für das dringend benötigte Parkhaus zur Verfügung gestellt werden konnten. Man war froh, wenn Drittaktionäre Aktien zeichneten. Im Emissionsprospekt steht wortwörtlich Folgendes: „...eine Parkhaus-Aktie ist ein Wertpapier mit überdurchschnittlicher Rentabilität.“ Im Prospekt ist auch eine saubere Grafik abgebildet. In 7 Jahren – vom Jahr 1993 her gerechnet – soll man zu einer Eigenkapitalrendite von 5 % kommen. Man höre und staune. Dies hat die öffentliche Hand den Privaten dargelegt und hat sie damit zur Zeichnung von Aktien aufgefordert. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass man dazu stehen muss. Aus heutiger Sicht ist das Parkhaus nicht so rentabel, aber wenn man Personen in einem offiziellen Papier mit solchen Zahlen bedient, hat man den entsprechenden Preis zu bezahlen. Sonst verliert die öffentliche Hand ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie wieder einmal auf Dritte angewiesen ist. Jetzt wurde notabene mit 3 % gerechnet.

In allen Fraktionen wurde diskutiert, ob das Parkhaus eine Kernaufgabe der Stadt ist. Bis jetzt wurden alle Investitionen ins Parkhaus im Verwaltungsvermögen aufgeführt und direkt abgeschrieben. Gleichzeitig hat man dies offensichtlich als Kernaufgabe gesehen. Natürlich könnte man jetzt stundenlang darüber diskutieren. Baden erachtet dies beispielsweise eher als Kernaufgabe als Aarau. Die Meinung des Stadtrates ist klar, dass das Parkhaus im Moment kein Renditeobjekt ist. Und hier ist die Stadt selber schuld. Sie reguliert das Oberflächenparkregime nach Belieben. Solange an der Oberfläche günstig parkiert werden kann, geht wirklich niemand ins Parkhaus. Der Stadtrat und der Einwohnerrat regulieren den Geldhahn des Parkhauses. Also ist es wichtig, dass die Stadt auch für das Parkhaus verantwortlich ist. Und dann muss politisch entschieden werden, auf welche Seite der Hahn gedreht werden soll. In dem Moment da die Oberflächenparkplätze teurer werden, wird das Parkhaus nullkommaplötzlich grandios zu rentieren beginnen. Über das Portemonnaie kann wunderbar gesteuert werden.

Der Stadtrat ist zudem klar der Ansicht, dass das Parkhaus bzw. die Aktien momentan nicht verkauft werden können, da diese zu tief bewertet sind und die Stadt am Regulierungshahn steht. In dem Moment da die Regulierung und die Steuerung der Oberflächenparkplätze anders sind, kann das Parkhaus eventuell zu einem anderen Preis verkauft werden. Das Ziel des Stadtrates ist ganz klar, das Parkhaus unternehmerisch zu führen. Auch eine öffentliche Hand kann betriebswirtschaftlich denken und ein Parkhaus unternehmerisch führen. Dies benötigt gewisse Rahmenbedingungen. Was der Stadtrat ganz sicher machen wird, ist die Zielsetzung klarlegen und in diese Richtung weiterarbeiten.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

II Beteiligungsstrategie an der Parkhaus Zofingen AG

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass in diesem Abschnitt auf mickrigen drei Zeilen das Angebot von CHF 1'500.– pro Aktie, welches eine Verzinsung von 2,5 bis 3 % ergibt, definiert wird. Wie bereits von verschiedenen Seiten erwähnt wurde, ist eine Aktie ein Risikopapier, insbesondere eine der Parkhaus Zofingen AG. Wem dies vor 14 Jahren nicht klar war, hat, so Leid es ihm tut, die Realität wirklich falsch eingeschätzt. Auf der Seite 1 der Vorlage schreibt der Stadtrat auch, er habe in den letzten paar Jahren rund 200 Aktien zurückkaufen können zum

Preis von sage und schreibe CHF 200.– pro Stück. Der Wert der Aktie liegt also irgendwo zwischen CHF 200.– und CHF 1'500.–. Wie durch Heinz Lehmann bereits festgestellt wurde, könnten CHF 600'000.– eingespart werden, wenn die Stadt die Aktien für CHF 1'000.– pro Stück – zum Nominalwert einer Aktie – erwerben würde. Aufgrund dieser Überlegungen stellt er folgenden Antrag:

Die Stadt Zofingen kauft die Drittaktien der Parkhaus Zofingen AG zum Nominalwert von CHF 1'000.– zurück.

Fr. Patricia Kettner möchte vom Stadtrat gerne noch eine Antwort bezüglich seiner Einschätzung zu den CHF 1'000.–. Diese Frage wurde in der FGPK ebenfalls gestellt. Damals bestand die Meinung, dass die Aktien für CHF 1'000.– nicht zurückgekauft werden können. Dadurch wäre das Geschäft wieder blockiert. Ist dem so?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass dies wahrscheinlich ein wenig Kaffeesatzlesen wäre. Ein Vorredner hat bereits erwähnt, dass die Stadt nicht mehr so viele Aktien erwerben muss, um im Besitz von zwei Dritteln des Aktienkapitals zu sein. Nur wäre dies keine einvernehmliche Angelegenheit und könnte je nach dem eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Es wäre aber kein Ding der Unmöglichkeit. In diesem Zusammenhang ist für den Stadtrat die Glaubwürdigkeit entscheidender.

Hr. Dieter Matter fügt an, dass man sich bei einem Preis von CHF 1'000.– pro Aktie schon die Frage stellen muss, wo der Anreiz wäre für diese Aktionäre ihre Aktien überhaupt zu verkaufen. Sie haben diese für rund CHF 1'000.– erworben. Nun sieht es so aus, dass diese profitabel wird. Selbst wenn die gesetzlichen Abschreibungen getätigt werden, ist die Chance, dass Dividenden ausbezahlt werden müssen, sehr hoch. Der Aktionär hat also überhaupt keinen Grund seine Aktien zu verkaufen. Dass der Wert der Aktien abstürzt und in Zukunft tiefer liegt als bei CHF 1'000.– ist effektiv nicht anzunehmen. Auch in diesem Fall wäre der politische Wille, diese entsprechend zu stützen, vermutlich vorhanden. Dieter Matter würde als Aktionär seine Aktie für CHF 1'000.– nicht verkaufen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Hans Rudolf Schlatter abstimmen:

Antrag von Hans Rudolf Schlatter

Die Stadt Zofingen kauft die Drittaktien der Parkhaus Zofingen AG zum Nominalwert von CHF 1'000.– zurück.

Der Antrag von Hans Rudolf Schlatter wird mit 28:6 Stimmen abgelehnt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr eingehen, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Dem Konzept für den Rückkauf der 1'232 Drittaktien der Parkhaus Zofingen AG zum Preis von CHF 1'500.– pro Aktie sei zuzustimmen. Dafür sei ein Verpflichtungskredit von CHF 1'848'000.– zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:6 Stimmen zugestimmt.

2. *Dem Stadtrat sei die Kompetenz zu erteilen, die Parkhaus Zofingen AG zu liquidieren und das Parkhaus zu Restbuchwerten in die Gemeinderechnung zu überführen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

3. *Für die Überführung des Parkhauses in die Gemeinderechnung zu Restbuchwerten per Ende 2009 sei ein Verpflichtungskredit von CHF 150'000.– zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

4. *Es sei ein neuer Spezialfonds „Parkplätze“ für die Finanzierung grösserer Unterhaltsarbeiten beim bestehenden Parkhaus, Investitionen in ein Parkleitsystem oder Vorfinanzierung für ein neues Parkhaus zu bilden. Der Bestand des heutigen Spezialfonds „Parkplatzgebühren“ sei in den neuen Fonds zu überführen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 31:0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

5. *Aus der mutmasslich aus der Parkhausrechnung resultierenden zusätzlichen Selbstfinanzierung (jährlich ca. CHF 500'000.–) sei ab dem Jahr 2010 jeweils die Hälfte dem Spezialfonds „Parkplätze“ zuzuweisen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 118

GK 157

Interpellation der SP-Fraktion vom 26. Mai 2008 betr. Unterstützung des Integrationsnetzes Region Zofingen (Begründung und Beantwortung)

Die schriftliche Begründung der Interpellation sowie die ausführliche Beantwortung des Stadtrates vom 27. August 2008 liegen vor.

Fr. Verena Liebi hält fest, dass niemand alleine Integration machen kann. Integration ist eine Wechselbeziehung. Deshalb steht sie gemeinsam mit Anne-Käthi Kremer zu zweit am Rednerpult.

Fr. Anne-Käthi Kremer fährt fort, dass man auch im Verein Integrationsnetz das Ganze gemeinsam angeht. Unterschiedlichste Leute treffen dort aufeinander: Junge Studentinnen wie Anne-Käthi Kremer und Grossmütter wie Verena Liebi. Schweizerinnen und Ausländerinnen treffen und engagieren sich, helfen einander, lernen von- und miteinander am Frauentreff, welcher monatlich stattfindet, oder wöchentlich im Nähatelier. Alle zwei Wochen sind im Minireff nebst schweizerischen und ausländischen Müttern mit ihren Kindern auch regelmässig Väter und sogar Grosseltern anwesend. Das Sommerpicknick sowie das Jahresendfest sind Anlässe für die ganze Familie, welche auf grosses Interesse stossen. Anlässe nicht nur für Frauen, aber vor allem durch Frauen organisiert.

Fr. Verena Liebi fügt an, dass sie und Anne-Käthi Kremer vorneweg dem Stadtrat danken möchten für die ausführliche und fundierte Beantwortung der Interpellation. Sie sind froh, dass der Stadtrat seine Verantwortung für das Wohlbefinden der Einwohnerschaft, insbesondere auch der 15 % in Zofingen wohnhaften Migrantinnen und Migranten, kennt und auch wahrnehmen will. Dies sieht man in der Massnahmenliste auf Seite 2 der Beantwortung. Wichtige Arbeit in diesem Bereich wird auf privater Basis durch das Integrationsnetz Zofingen bereits geleistet. Die Wertschätzung und vor allem auch die Unterstützung dieser aufwändigen Arbeit durch die Stadt sind eine grosse Motivation für die Weiterarbeit. In diesem Sinne sind sie zufrieden mit der Stellungnahme des Stadtrates und bedanken sich dafür. Sie möchten an dieser Stelle trotzdem noch einige Bemerkungen anbringen.

Fr. Anne-Käthi Kremer führt aus, dass die 9 Frauen im Vorstand des Vereins Integrationsnetz alles ehrenamtlich in ihrer Freizeit machen. Sie sind berufstätig und/oder kümmern sich um Haushalt und Familie. Was sich diese Frauen aus zeitlichen und ressourcentechnischen Gründen momentan nicht vorstellen können, ist eine Zusammenarbeit des Vereins Integrationsnetz mit der Heitere Box. Laut Beantwortung der Interpellation würde der Stadtrat darin eine Plattform sehen, um an die vielen sonntäglichen, meist ausländischen, Besucher auf dem Heiterplatz heranzukommen.

Fr. Verena Liebi ergänzt, dass ein grosser Teil des Zeitaufwandes des Vorstands für die Geldbeschaffung benötigt wird. Ohne Geld können all diese Angebote nicht durchgeführt werden. Es ist auch schwierig ein Budget zu erstellen, wenn wichtige Posten auf der Einnahmenseite noch nicht gesichert sind. So wurde zum Beispiel der erhoffte Beitrag des Lotteriefonds für das Jahr 2009, welcher in der Interpellation erwähnt wurde, nicht gesprochen. Zum Glück durfte der Verein einen namhaften Betrag des HEKS entgegennehmen. Die Projektangebote sind sehr abhängig von den Sponsoren. Kürzlich hat eine angefragte Stiftung bemängelt, dass der Mietanteil des Projektes zu gross sei. Damit wäre man beim nächsten schwierigen Punkt angekommen.

Fr. Anne-Käthi Kremer und Verena Liebi freut es sehr zu hören bzw. zu lesen, dass der Stadtrat unter gewissen Umständen bereit wäre, dem Integrationsnetz bestimmte Räumlichkeiten günstig oder gar kostenlos zur Verfügung zu stellen. Wie dies andere Institutionen bereits machen. Der Frauentreff und der Minitreff finden im reformierten Kirchengemeindehaus statt. Die Kirchengemeinde stellt diese Räume kostenlos zur Verfügung. Das Kirchengemeindehaus in Mühlethal ist für das Jahresendfest inzwischen platzmässig fast zu klein. Die angestrebte Durchführung dieses Festes im Stadtsaal oder in der Mehrzweckhalle kann sich der Verein finanziell aber nicht leisten. Der finanzielle Beitrag von CHF 2'000.– der Stadt geht bisher beinahe vollumfänglich für die Miete des Spittelhofs für das Nöhätelier drauf. Andere Vereine logieren zu ganz anderen Konditionen in Zofinger Räumlichkeiten. In diesem Zusammenhang sind sie sehr gespannt auf das überarbeitete Reglement für die Vermietung von Zofinger Räume an diverse Vereine. Eine einheitliche Koordination soll zumindest im Bereich Integration bald gewährleistet sein.

Fr. Verena Liebi fährt fort, dass eine 20 %-Fachstelle Prävention/Integration in Aussicht gestellt wird. Diese würde wichtige Verbesserungen bringen. Obwohl nur 20 % vorgesehen sind, welche erst noch bewilligt werden müssen. Wichtig wäre diese Koordinationsstelle damit all die Arbeiten in diesem Bereich nicht nur durch das Integrationsnetz effizient geleistet werden können. Damit Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Jetzt fehlt nämlich eine Anlaufstelle, welche die Triagefunktion übernehmen könnte.

Fr. Anne-Käthi Kremer fügt an, dass sich der Stadtrat zusätzlich bereit erklärt hat, den jährlichen Beitrag an den Verein auf CHF 5'000.– zu erhöhen. Im Namen des Vereins Integrationsnetz dankt sie dem Stadtrat ganz herzlich dafür. Ein grosses Dankeschön geht aber vor allem an den Vorstand des Integrationsnetzes und an alle Beteiligten für die wichtige und wertvolle Arbeit, welche sie für Zofingen leisten. Man muss keine Weltreise machen, um mit Menschen aus Ländern wie beispielsweise Chile, Afghanistan, Japan oder Sri Lanka in Kontakt zu kommen. Dies kann ganz einfach hier in Zofingen erfolgen.

Gemäss Fr. Verena Liebi ganz bequem auf Deutsch. Für die Fremdsprachigen ist dies eine gute Gelegenheit, um Deutsch zu sprechen. Eine Sprache lernt man vor allem durch das Sprechen. Solche Gelegenheiten braucht es. Eine bessere Integration und ein besseres Kennenlernen über die Kultur- und Sprachgrenze hinweg – und dies bereits im Kleinkinderalter, wie es im Minitreff vorgelebt wird – kann es eigentlich gar nicht geben.

Von Seiten des Stadtrates werden keine Ergänzungen zur schriftlichen Beantwortung gemacht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Art. 119

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. Patricia Kettner hat vier Fragen. Die erste Frage betrifft den **Wechsel der Pensionskasse**, welcher auf 1. Januar 2008 vollzogen wurde. Ist dies administrativ gut gelaufen? Kann allenfalls schon etwas über die Performance in diesem Jahr gesagt werden? Die zweite Frage betrifft das Medienkommuniqué des Stadtrates bezüglich **Trinermatten**. Darin steht, dass die Arbeiten einem Generalunternehmer – XL Work AG – vergeben wurden. Der Kostenvoranschlag beträgt CHF 800'000.–. Kann man davon ausgehen, dass dieser GU-Auftrag im Rahmen des Kostenvoranschlages vergeben wurde? Die dritte Frage betrifft den **Friedhof Mühlethal**. Patricia Kettner wurde von verschiedenen Mühlethalern darauf aufmerksam gemacht, dass der Zustand eher verwildert sei. Sie muss aber gestehen, dass sie keine Zeit hatte, um vorbeizuschauen. Ist dies bekannt? Stimmt dies? In welchem Rhythmus wird dieser Friedhof gepflegt? Die vierte und letzte Frage betrifft wahrscheinlich alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Es geht um die **Spezialkommission Gemeindezusammenschluss Zofingen – Uerkheim**. Wann wird die Arbeit aufgenommen? Wie ist ungefähr die Kadenz der Sitzungen? Aufgrund des abgegebenen Plans scheint dies erst im nächsten Herbst ein Thema zu sein.

Trinermatten

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass momentan noch nicht gesagt werden kann, wo man ganz genau liegt. Es ist anzunehmen, dass die Kosten sogar leicht unter dem Kostenvoranschlag liegen. Gewisse Sachen konnten optimiert werden. In einer ersten Vergabe lag man ungefähr 10 % über dem Kostenvoranschlag. Der Stadtammann ist sehr zuversichtlich, dass es aufgrund dieser Optimierungen ein wenig günstiger wird. Er möchte dies jedoch erst dann verkünden, wenn es wirklich der Fall ist.

Pensionskassenwechsel

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass dieser Wechsel definitiv erfolgt ist. René Küng, Leiter Finanzen und Personal, kann die Details dazu liefern.

Hr. René Küng, Leiter Finanzen und Personal, führt aus, dass der Wechsel inzwischen administrativ erfolgt ist. Man musste ein wenig nachhelfen. Die APK benötigte noch ein bisschen Zeit, um die Wechsel – rund 50 Anschlussverträge wurden gekündigt – zu verarbeiten. Im Verlaufe des Monats März 2008 hat die Stadt die Daten erhalten. Am Anfang hat die APK nicht das gesamte Geld überwiesen. Die Stadt musste intervenieren. Anfang April 2008 ist das Geld der 320 Aktiv-Versicherten endlich an die Comunitas übergegangen. Saubere Eintrittsmeldungen sowie Ausweise konnten erstellt werden. Dies ist soweit geregelt. Das Rechtliche ist hingegen noch nicht geregelt. Es laufen noch Gespräche zwischen den Rechtsvertretern. Hier wartet man ab, wie sich dies entwickelt. Aber man ist optimistisch, dass keine weiteren Zahlungen getätigt werden müssen.

Ende Juni 2008 war René Küng an der Delegiertenversammlung der Comunitas. Dort wurde ausführlich über die Performance berichtet. Klar ist, dass dieses Jahr alle Pensionskassen ein wenig zu kämpfen hatten bzw. haben. Im Frühling hat es an der Börse relativ stark gerumpelt. Bereits letztes Jahr haben die Pensionskassen die Anlagestrategien teilweise gewechselt. Sie sind bei gewissen Aktien ausgestiegen und sind eher bei langfristigen, tief verzinslichen Papieren eingestiegen. Die Performance war Mitte Jahr negativ. Dies war wahrscheinlich bei allen Pensionskassen der Fall. Aber man muss dies langfristig anschauen. Der Portfoliomanager der Comunitas war zuversichtlich, dass bis Ende Jahr einiges kompensiert werden kann, wenn es einigermassen normal läuft und dies nicht so schlimm aussieht. Wortwörtlich sagte er Folgendes: „Der Sturm ist vorbeigegangen bei der Comunitas“.

Friedhof Mühlethal

Fr. Therese Müller, Stadträtin, teilt mit, dass sie ebenfalls noch nicht auf dem Friedhof Mühlethal war. Vor ¼ Jahr war sie zusammen mit Hubert Koller, Christoph Wälti und dem Friedhofgärtner dort. Damals sah der Friedhof eigentlich sehr schön aus. Es war also nicht so, dass man es nicht hätte anschauen können. Therese Müller nimmt dieses Anliegen gerne entgegen und wird dies abklären.

Spezialkommission Gemeindezusammenschluss Zofingen – Uerkheim

Gemäss Hr. Arthur Senn, Stadtschreiber, ist es bei den Spezialkommissionen grundsätzlich so, dass diese in Aktion treten, wenn die Stadtratsvorlage versandt worden ist. In der Vergangenheit hat es schon Modelle gegeben, bei welchen gesagt wurde, man nimmt in einem längeren Entscheidungsprozess die Leute aus der Spezialkommission mit und achtet darauf, dass diese immer auf einem guten Informationsstand sind. Sobald die Spezialkommission auf die nächste Einwohnerratssitzung nominiert und das Präsidium klar ist, geht es darum, mit dem Stadtrat abzusprechen, wie die Integration bzw. die zeitgerechte Information über die laufenden Arbeiten, funktionieren könnte. Es sollte einen Mittelweg geben, damit nicht erst begonnen wird, wenn die Vorlage effektiv im Hause ist, sondern so dass diese Informationen bereits vorher fliessen.

Hr. Rolf Dällenbach erklärt, dass jeden Morgen **Mofas und Velos** unmittelbar beim Treppenaufgang stehen, welcher von der Unterführung beim Parkhaus bzw. von den Perrons in die Bahnhofstrasse führt. Falls dort eine Person mit einem Kinderwagen entgegen gelaufen kommt, muss diese auf die Bahnhofstrasse ausweichen und anschliessend wieder auf das Trottoir zurückgehen. Dies ist ein gefährlicher Platz. Könnte man diesen Veloständer nicht einfach vis-à-vis platzieren? So dass an diesem Ort mehr Platz vorhanden wäre, um durchzulaufen.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, antwortet, dass die Veloständer an der Bahnhofstrasse aktuell tatsächlich sehr ungünstig platziert sind, da sie sich wirklich genau in der Achse des Aufstiegs befinden. Dies hängt mit dem Bauvorhaben bei der Neuen Aargauer Bank (NAB) zusammen. Als bei der NAB noch nicht gebaut wurde, waren die Veloständer auf der Strasse platziert. Damit war auch der Durchgang auf dem Trottoir besser gewährleistet. Dies wird wieder hergestellt, sobald die Bauerei bei der NAB vorbei ist.

Hr. Benno Riss hat eine kleine Frage, welche das Projekt **Musikschullager** betrifft. Er hat für seine Tochter die Anmeldung ausgefüllt und dabei festgestellt, dass der Elternbeitrag CHF 250.– bzw. CHF 180.– für Schüler aus Zofingen beträgt. Dies bedeutet, dass CHF 70.– subventioniert sind. Oftringen subventioniert mit CHF 90.– und Safenwil mit CHF 120.–. Im Sinne der Harmonisierung möchte er gerne wissen, woher dieser grosse Unterschied stammt.

Bei der **Marktgasse** wurde neu gepflästert. Aber das Trottoir wurde auf diesen 50 Metern nicht abgesenkt resp. das Niveau nicht ausgeglichen. War dort der Aufwand so gross, dass dies nicht erfolgen konnte?

Musikschullager

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, führt aus, dass effektiv unterschiedliche Beiträge von den verschiedenen Gemeinden bezahlt worden sind. Er sieht diese Differenzen als nicht so riesig an. Auf der anderen Seite muss er darauf aufmerksam machen, dass die Beiträge an die Musikschule ebenfalls unterschiedlich sind. Diese sind auch nicht harmonisiert. Ebenso werden die anderen Lager, an welche die Stadt relativ viele Beiträge leistet und allen Kindern zur Verfügung stehen, von Gemeinde zu Gemeinde anders gehandhabt. Hier muss einfach in Kauf genommen werden, dass innerhalb der Budgets, welche zur Verfügung stehen, solche Differenzen vorhanden sind. Sonst müsste auch alles andere harmonisiert werden. Was dazu führen würde, dass eine ganze Region nur noch einen Steuerfuss hätte. Jede Gemeinde ist autonom und muss selber wissen, welche Beiträge sie wofür leisten möchte.

Marktgasse

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, entgegnet, dass auf den vorgelegten Plänen, bei welchen es um die Aufwertung der Vorderen Hauptgasse in der Oberstadt ging, sichtbar war, dass an der Marktgasse das Trottoir tatsächlich bestehen bleibt. Es ist ihm – jetzt da alles fertig gebaut ist – auch aufgefallen, dass es andersherum schöner gewesen wäre. Aber es ist festzuhalten, dass es natürlich nicht gemacht wäre, indem auf diesen 50 Metern die Randsteine entfernt und die Niveaus ausgeglichen würden. Es hätte noch viel mehr Anpassungsarbeiten benötigt im östlichen Abschnitt Richtung Thutplatz, damit die Niveaus sauber ausgeglichen worden wären.

Fr. Rahela Syed hält fest, dass es seit neuem **Schulsport für Kinder von 5 bis 10 Jahren** – J+S Kids – gibt. Hat Zofingen sich bemüht, um ebenfalls ein solches Angebot anbieten zu können? Es wird in Erwägung gezogen einen solchen Kurs ab nächstem Jahr durchzuführen. Heisst nächstes Jahr im neuen Semester oder erst nach den Sommerferien?

Weshalb wurde der Preis für die **Tageskarten der SBB** von CHF 30.– auf CHF 35.– angehoben?

J+S Kids

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass Zofingen im ersten Jahr effektiv nicht eingestiegen ist. Es ist eine sehr sympathische Aktion des BKS, bei welcher es darum geht, dass Jugend und Sport (J+S) für Kinder ab 5 Jahren angeboten werden kann. Dies ist eine sehr sinnvolle Angelegenheit. Allerdings muss man die entsprechenden J+S Leiter dazu haben. Lange Zeit konnte das BKS nicht sagen, ob die Finanzierung definitiv gesichert ist. Erst gegen Weihnachten kam dies aus. Zu dieser Zeit war man nicht mehr in der Lage, die entsprechenden Leiter innerhalb der Lehrerschaft und der Vereine zu finden. Wie Rahela Syed richtig erwähnt hat, ist man dabei alle Vereine, für welche dies ein Angebot sein könnte, anzuschreiben. Gleichzeitig wird die Schule mit dem freiwilligen Schulsport darauf aufmerksam gemacht, dass das Angebot für die kleinen J+S-ler platziert werden kann. Man hofft auf ein gutes Echo. Zofingen möchte gerne selber ein J+S Leiterkurs für die spezielle Qualifikation J+S Kids anbieten. Ob dies klappen wird, weiss der Stadtammann momentan noch nicht.

Tageskarten

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, stellt fest, dass diese Tageskarten-Diskussion bereits einmal geführt wurde. Es ist erwiesen, dass die Tageskarten für die Stadt vom Ankauf her teurer geworden sind. Auf diesem Weg gelangt man wieder zum Thema Kernaufgaben einer Gemeinde. Muss man dies noch unterstützen oder soll der Aufwand der Stadt minimal entschädigt werden? Die Tageskarten geben den Damen im Stadt- und Verkehrsbüro sehr viel Arbeit. Und zwar nicht nur die verkauften. Auf spezielle Ereignisse hin, wie beispielsweise den Autosalon, sind die Tageskarten verkauft und trotzdem kommen jeden Tag noch 50 Personen, welche nach diesen fragen. Dies ist ein relativ stark einschränkender Aufwand und der Stadtrat ist der Meinung, dass dieser über den Preis abgegolten werden muss. Der Preis der SBB-Tageskarten ist gestiegen und die Stadt hat entsprechend nachgezogen.

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr


Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN



Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER



Arthur Senn